

RECHTSPRECHUNGSANALYSE

AUSGEWÄHLTE PROBLEME DES ALLGEMEINEN UMWELTRECHTS

Subjektivierungstendenzen; Umweltinformationsrecht

Von Dietrich Murswiek, Lena Ketterer, Oliver Sauer und
Holger Wöckel, Freiburg i. Br.

Die folgende Rechtsprechungsanalyse behandelt wichtige Entwicklungen des Allgemeinen Umweltrechts seit 2006. Schwerpunkt sind erneut¹ Subjektivierungstendenzen und die damit einhergehende Ausweitung des Rechtsschutzes (I.) sowie – erstmals – das Umweltinformationsrecht, das sich als neue Rechtsmaterie schnell etabliert hat (II.) und im Hinblick auf den voraussetzungslosen Informationsanspruch für Jedermann² ebenfalls dem „Megatrend“ zur Subjektivierung zugeschlagen werden könnte. Die Subjektivierung als solche ist dort nicht strittig; vielmehr geht es um die Ausfaltung des Anspruchs durch die Gerichte.

I. Subjektivierungstendenzen

Die Effektivität des Umweltrechts hängt von seiner gerichtlichen Durchsetzbarkeit ab. Im System des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes ist die Zulässigkeit einer Klage in aller Regel davon abhängig, dass der Kläger die Verletzung eines subjektiv-öffentlichen Rechtes geltend macht. Dritt-schutz und somit ein subjektiv-öffentliches Recht vermittelt nach der herrschenden Schutznormtheorie eine Norm dann, wenn sie zumindest auch individuellen Interessen zu dienen bestimmt ist. Diese Schutznormdoktrin steht europarechtlich unter Anpassungsdruck³. Das ist nicht neu, zeitigt aber gerade auch im Umweltrecht immer wieder für die Praxis bedeutsame Folgen, zuletzt im Recht der Verbandsklage nach § 2 UmwRG (2.) und im UVP-Recht (3.). Aber auch rein nationalrechtlich ist namentlich infolge der atomrechtlichen Rechtsprechung der Höchstgerichte manches in Bewegung geraten (1.).

¹ Wie im vorigen Bericht, vgl. *Murswiek*, Die Verwaltung 38 (2005), S. 243 (244 f., 258 ff.).

² Statt aller *Schoch*, IFG, 2009, Einl. Rn. 18.

³ Am Beispiel des Umweltrechts ausführlich *Schoch*, NVwZ 1999, S. 457 ff.; s. auch *Lübbe-Wolff*, NuR 2000, S. 19 (21 ff.).